



**Freie  
Demokraten**

Kreisverband  
Offenbach-Land **FDP**

**Kommunalwahl 14.03.2021**

**Liberales**

**Zukunftsprogramm**

**2021 bis 2026**

**für den**

**Kreis Offenbach**

**Was wirklich zählt.**

# Inhaltsverzeichnis – unsere Themen für den Kreis Offenbach

<b>Inhaltsverzeichnis – unsere Themen für den Kreis Offenbach</b>	2
<b>Präambel</b>	3
<b>1. Bildung: Kita und Schule – Zukunft vor Vergangenheit</b>	3
1.1 Frühkindliche Bildung – U3-Betreuung und Kita	3
1.2 Aktive, vorausschauende Schulentwicklung	4
1.3 Digitalisierung und „Smart School“ – raus aus der Kreidezeit	4
1.4 Raum und pädagogische Arbeit bilden eine Einheit	5
1.5 Entlastung der Lehrkräfte – mehr Zeit für den Unterricht	5
1.6 Bildungsstandort Kreis Offenbach – Zukunft aktiv gestalten	5
<b>2. Wirtschaft und Finanzen</b>	6
2.1 Finanzen des Kreises Offenbach nachhaltig gestalten	7
2.2 Finanzielle Handlungsspielräume zurückgewinnen	7
2.3 Solide Finanzen schaffen neue Möglichkeiten	8
<b>3. Sozialpolitik – Gemeinsam für die Menschen vor Ort</b>	8
3.1 Vorsorge statt Fürsorge	8
3.2 Freiraum für private und strukturierte frühkindliche Förderung	8
3.3 Fördern und Fordern	9
3.4 Arbeit als Grundlage des eigenverantwortlichen Lebens	9
3.5 Betreuungsstruktur im Kreis Offenbach	9
3.6 Private Dienstleister gleichwertig behandeln	9
3.7 Demografische Entwicklung – Chance und Herausforderung	9
<b>4. Verkehr – Moderne Konzepte und Innovationen</b>	9
4.1 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	10
4.2 Straßenverkehr	11
4.3 Radverkehr	11
4.4 Fußgänger	12
4.5 Frankfurter Flughafen	12
<b>5. Umwelt und Klima – Zukunftsorientierte Politik</b>	12
<b>6. Kultur und Ehrenamt</b>	15
<b>7. Digitalisierung, E-Government und „Start-up“-Kultur</b>	15
<b>8. Gesundheit</b>	16
<b>9. Migration, Einwanderung und Integration</b>	17
9.1 Transparente Regelungen durch ein modernes Einwanderungsgesetz	17
9.2 Faire und koordinierte Verteilung von Flüchtlingen in Europa	17
9.3 Integration als gesellschaftliche Aufgabe und aktive Forderung	18

## **Präambel**

Am 14. März 2021 haben die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Offenbach die Möglichkeit mit ihrer Stimmabgabe über die politischen Kräfteverhältnisse im Kreistag für die kommenden fünf Jahre zu entscheiden.

Unser Landkreis ist nicht nur eine Verwaltungseinheit, sondern im Zusammenspiel mit den Städten und Gemeinden unsere Heimat. Durch die stetig steigende Bevölkerungsentwicklung wird der Kreis Offenbach immer mehr wie eine Großstadt im Grünen empfunden. Diese Entwicklung möchten wir gestalten. Aber um auch die Leistungsfähigkeit zu gewährleisten, ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung mit einer klugen Modernisierung notwendig. Leider sehen wir in den letzten Jahren einen Stillstand, der besonders in Krisensituationen offen hervortritt.

Besonders in den Bereichen Bildung und Mobilität ist ein „Weiter-so“ keine Option. Die von uns immer wieder geforderte Digitalisierung ist ein wesentliches Mittel und eben kein Selbstzweck. Hierbei müssen wir immer auch eine hohe Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit – sowohl in Bezug auf Umwelt als auch auf Finanzen – anstreben.

Die Freien Demokraten treten auf allen politischen Ebenen für Freiheit, Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung ein. Aus dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen leiten sie das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ab.

Freien Demokraten genügt es nicht, nur auf Missstände zu reagieren. Sie verpflichten sich zu vorausschauendem Handeln.

## **1. Bildung: Kita und Schule – Zukunft vor Vergangenheit**

Bildung beginnt mit den ersten Lebensjahren eines Kindes. Es ist daher konsequent, schon bei den Bedürfnissen des Kleinkindes anzusetzen und Bildung aus einem Guss von der U3-Betreuung bis zur Berufsausbildung zu konzipieren und anzubieten. Die ausgeprägte Gliederung unseres Bildungssystems erweist sich dabei nicht als Hindernis, sondern kann jedem Kind ein passendes Angebot bieten. Bildung, Kitas und Schule müssen im Mittelpunkt allen politischen Denkens und aller politischen Maßnahmen stehen. Die vielfältigen und individuellen Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Eltern unterliegen einem ständigen gesellschaftlichen Wandel, auf den Schulen und Kommunalpolitik flexibel, kreativ und auf die örtlichen sowie regionalen Gegebenheiten abgestimmt reagieren müssen. Gute Bildung sichert seit jeher die Zukunft unseres Landes! Qualitativ hochwertige Bildung kostet viel Geld. Die Kommunen allein können derzeit mit den wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen nicht Schritt halten. Deutschland gibt jährlich mehr als 1 Billionen Euro für Sozialausgaben aus, für Bildung hingegen (Bund, Länder und Kommunen zusammen) nicht einmal 200 Milliarden Euro. Wir sehen bestmögliche Bildung für Jeden als wichtigstes Ziel, um Menschen ein Leben in Eigenverantwortung zu ermöglichen und fordern deshalb, das **Verhältnis von Sozialausgaben zu Bildungsausgaben** spürbar und deutlich zugunsten der Bildung zu verschieben. Der Staat gibt viel Geld aus, ohne dass sich die Lebenssituation vor allem der Benachteiligten signifikant verbessert (siehe Studie der Bertelsmann-Stiftung 2015). Investitionen heute in Bildung ersparen uns Sozialausgaben morgen. Sie stärken unsere Innovationsfähigkeit, das Selbstbewusstsein der Menschen und sichern die gemeinsame Zukunft.

Die FDP sieht für den Kreis Offenbach folgende Schwerpunkte und **Herausforderungen**:

### **1.1 Frühkindliche Bildung - U3-Betreuung und Kita**

Kein Kind darf aufgrund seiner Herkunft oder eines benachteiligenden Umfelds zum dauerhaften Bildungsverlierer werden. Die frühkindliche Bildung im Bereich der Kindertagesstätten für Kinder unter drei Jahren (U3) und für Kinder über drei Jahren (Ü3) sind in der Verantwortung der Gemeinden. Demgegenüber liegt die Trägerschaft für die öffentlichen Schulen bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Verantwortung für die inhaltliche Ausgestaltung sowie Lehrerversorgung wiederum liegen beim Land. Soll der Anspruch „Bildung aus einem Guss“ keine Illusion bleiben, müssen hier alle Beteiligten intensiv zusammenarbeiten. Die FDP setzt sich daher für ein übergreifendes Bildungskonzept und ein Bildungsleitbild ein, in dem alle Bedarfe, Angebote und Einrichtungen sowie deren Qualität systematisch erfasst, bewertet und fortentwickelt werden. Dies bietet auch Orientierung für die Betroffenen, wenn Hilfe erforderlich ist. Im Rahmen dieses Konzepts muss darüber hinaus einer sozialen Segregation wirksam entgegengewirkt werden. Unser Bildungsleitbild sieht insbesondere vor, dass Bildung unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern, chancengerecht und ausgehend vom Kind gedacht wird. Sprachbeherrschung, Konzentrationsfähigkeit und Körperkoordination sind wichtige Fähigkeiten, die in die Grundschule mitgebracht werden müssen. Zunehmend spielt auch der zielgerichtete Umgang mit digitalen Medien eine große Rolle.

Die Ausprägung dieser Fähigkeiten muss von den Kindertagesstätten geleistet werden. Die FDP fordert eine Bestandsaufnahme der Situation in den Kindertagesstätten, insbesondere was die Möglichkeiten der Sprachförderung und deren ausreichende Unterstützung durch Landesförderprogramme angeht. Gegebenenfalls wird, zusammen mit den verantwortlichen Bereichen der Gemeinden, ein Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Situation erstellt. Insbesondere sollte die räumliche Ausstattung angemessen und die notwendige Unterstützung bei der Inklusion gewährleistet sein. Die frühzeitige Zusammenarbeit von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften zur Bewältigung dieses Transformationsprozesses sollte auch als Chance zum gegenseitigen Verständnis betrachtet werden. Nicht nur nebenbei trägt dies zur Aufwertung des Erzieherberufes bei. Die FDP will diese Zusammenarbeit fördern.

Die Einschulung und damit der Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule stellt sowohl für die künftigen Schulkinder als auch für deren Eltern einen deutlichen Umbruch der Lebensverhältnisse dar. Um diesen möglichst gut zu bewältigen, ist die Unterstützung durch die betroffenen Einrichtungen enorm wichtig.

### **1.2 Aktive, vorausschauende Schulentwicklung - raus aus den Containern**

Die Freien Demokraten im Kreis Offenbach fordern eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung und die Abkehr von der bisherigen regelmäßigen Anpassung der Räumlichkeiten an den Schulen im Stil von Feuerwehreaktionen. Damit soll der Einsatz von Containern zur Überbrückung von Raumengpässen vermieden werden. Der Unterricht in Containern ist nicht nur aus pädagogischen Gründen unvorteilhaft, sondern auch finanziell sehr aufwändig. Eine kurzfristige Beschaffung von Containern ist nicht nachhaltig und regelmäßig deutlich teurer als der rechtzeitige Bau zusätzlich benötigter Räume an den Schulen. Die Freien Demokraten im Kreis Offenbach fordern daher, dass bereits in den Schulentwicklungsplan eine klare Prioritätenliste für die notwendigen Baumaßnahmen zur Deckung des Raumbedarfs an den Schulen des Kreises aufgenommen wird, die laufend fortgeschrieben und abgearbeitet wird. Zur Umsetzung einer vorausschauenden Schulentwicklungsplanung ist die personelle Kapazität im Fachdienst Schulservice zu verbessern. Aktuelle Entwicklungen in den Schülerzahlen und der daraus resultierende Flächen- und Raumbedarf sind ständig zu evaluieren. Im Sinne einer vorausschauenden Schulentwicklungsplanung sind rechtzeitig die für den Bau zusätzlicher Schulräume benötigten Bau- und Freiflächen bereitzustellen. Die Freien Demokraten fordern ebenso weitere Flächen für den Schulsport und lehnen daher den Verkauf von Schulgrundstücken ab. Die Entwicklung der Schulen, die sich zu echten Ganztagschulen entwickeln wollen, ist durch die vorausschauende Umsetzung eines entsprechenden Raumkonzeptes, das zwischen Kreis, Kultusministerium und Schulgemeinden abzustimmen ist, voranzutreiben. Dabei sind auch notwendige Sport- und Bewegungsflächen zu berücksichtigen.

### **1.3 Digitalisierung und „Smart-School“ - raus aus der Kreidezeit und weg vom Overheadprojektor**

Die Zeit der Overheadprojektoren ist abgelaufen; sie wurden während der Coronazeit in den Schulen meistens lediglich noch zum Offenhalten der Fenster verwendet. Der erste Lockdown im Frühjahr 2020 zeigte eindrucksvoll wie sehr unsere Schulen bei der Digitalisierung hinterherhinken. Viel zu lang hat es gedauert, bis alle Kinder über das Internet zumindest vorübergehend beschult werden konnten. Viel zu viele Kinder sind durch die Versäumnisse des Hessischen Kultusministeriums und den Kreis Offenbach als Schulträger zu Verlierern des Bildungssystems geworden. Digitalisierte Lern- und Lehrmittel sollen an den Schulen genauso selbstverständlich eingesetzt werden können, wie sie von den Schülerinnen und Schülern schon längst auf dem Schulhof oder nach der Schule genutzt werden. Die Corona-Krise hat zugleich gezeigt, dass Entwicklungen in Schulen stark beschleunigt werden können, wenn man nur will. Deshalb fordert die FDP die weitere Ausstattung aller Schulen mit leistungsfähigem WLAN, um Lehrinhalte aus der Cloud des hessischen Schulportals oder dem Internet nutzen zu können. Für die Schulen fordern wir Freien Demokraten, dass jede Schule nach ihrem eigenen Profil und dem sich daraus ergebenden Bedarf über ihre Medienausstattung entscheidet. Die Forderung der FDP ist klar: Jedes Kind muss Zugang zu einem digitalen Endgerät haben bzw. bekommen. Erweitert soll dieses System im Baukastenprinzip bei Smartboards, Groß-TV, Beamern/Videoprojektoren und Druckern. Der Kreis Offenbach als Schulträger ist dafür verantwortlich, dass digitalisierte Lehr- und Lernmittel als Teil eines breiten Spektrums an Medien im Unterricht genauso selbstverständlich und einsatzbereit zur Verfügung stehen wie Tafel, Bücher und Wandkarte. Dazu gehört auch die Gewährleistung der zeitnahen Reparatur und Wartung der technischen Geräte und Software. Das IT-Management für Schulen muss deshalb professionalisiert werden. Unsere Kinder verdienen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre Bildung und kein um Jahre zurückhängendes, zum Teil antiquiertes Stückwerk!

#### 1.4 Raum und pädagogische Arbeit bilden eine Einheit

Die Schulen haben durch gesellschaftliche Entwicklungen und Anforderungen in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen erfahren. Neben dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dies Veränderungen durch die inklusive Beschulung sowie der Umgang mit Kindern mit Migrationshintergrund. Die Schülerschaft ist heute komplexer und heterogener zusammengesetzt als sie es jemals zuvor war. Die Schule ist damit heute nicht nur Wissensvermittler, sondern auch Integrations- und Sozialisierungsinstanz. Sie wird zunehmend ganztägiger Lebensraum von Kindern und damit deren zweites Zuhause. Das heißt, neben der Vermittlung von Wissen müssen die Schulen heute auch: Betreuen - Erziehen - Bilden - Fördern - Integrieren - und zunehmend Aufgaben des Elternhauses übernehmen. Soll diese Aufgabe gelingen, so ergeben sich daraus Anforderungen an Schulgebäude und Räumlichkeiten: "Den Schulen fehlt Platz an allen Ecken und Enden," schrieb ein Verband in seiner Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan des Kreises Offenbach 2018. An dieser Situation hat sich leider nach wie vor nichts geändert:

- Es fehlen vor allem Klassenräume. Container auf den Schulhöfen sind keine Lösung, auch nicht die Umwandlung von naturwissenschaftlichen und musischen Fachräumen.
- Es fehlen Räumlichkeiten für Vorklassen, Inklusionsklassen, Intensivklassen, Förderprojekte, Unterrichtsprojekte, Klassen- und Schulfeste, Ganztagsangebote und Betreuung.
- Lehrerzimmer sind keine Besprechungsräume, deshalb braucht es auch hier mehr entsprechende Raumkapazitäten.
- Bei wachsenden Schülerzahlen und tendenziell mehr Teilzeitarbeit wächst die Größe der Kollegien. Die Lehrerzimmer sind teilweise jetzt schon vielerorts viel zu klein. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.
- Da sich Lehrer zunehmend auch nachmittags bis in die frühen Abendstunden in der Schule aufhalten, muss bei den Räumlichkeiten an Rückzugs-, Arbeits- und Vorbereitungsräume gedacht werden.
- Ein für alle Schulen einheitliches räumliches Standardkonzept darf es nicht geben.
- Die FDP setzt sich dafür ein, dass Raumkonzepte mit den einzelnen Schulen, den Schulleitungen, den Kollegien und Eltern am pädagogischen Konzept der jeweiligen Schule ausgerichtet und bei gesellschaftlichen wie pädagogischen Veränderungen weiterentwickelt werden.

#### 1.5 Entlastung der Lehrkräfte - mehr Zeit für den Unterricht

Lehrkräfte sollen grundsätzlich wieder deutlich mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler, ihre Klassen und ihren Unterricht haben. Aus den Mitteln des Digitalpakts werden die Schulen schrittweise besser mit Computern, Tablets, Beamern/Videoprojektoren und Whiteboards ausgestattet. Diese Geräte müssen für jede Schule zielgerichtet beschafft und während des Betriebs fachmännisch gewartet werden. Wir fordern deshalb vom Kreis Offenbach als Schulträger die Einstellung von technischen Assistenten, die diese Aufgaben übernehmen sollen. Sie sollen sie zudem die Schulen bei verwaltungstechnischen Aufgaben entlasten. Aus den Mitteln des Digitalpakts soll Geld für Digitalscouts zur Verfügung gestellt werden. Das Aufgabenfeld der Digitalscouts umfasst Beratung und Betreuung von Lehrkräften bei Einstieg in bzw. Umstellung des Unterrichts auf digitale Hilfsmittel, Inventarisierung von Hard- und Software, Erstellung eines Mediennutzungsplans, sowie Organisation der Medienbildung an der jeweiligen Schule.

#### 1.6 Bildungsstandort Kreis Offenbach - Zukunft aktiv gestalten:

- Gewährleistung der **Vereinbarkeit von Schule, Familie und Beruf** unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und Alleinerziehenden. Deshalb müssen die Einrichtung und der Ausbau von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen für alle die Schulen, die dies beantragt haben, verwirklicht werden. Der Kreis Offenbach ist hier hinsichtlich der Bereitstellung von Räumlichkeiten besonders gefordert. Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau.
- **Inklusive Beschulung** soweit dies von Eltern gewünscht wird und pädagogisch sinnvoll erscheint. Fachkräfte für Inklusion müssen den Schulen als zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden. Keinesfalls darf dies durch Kürzungen oder Umschichtungen von vorhandenen Lehrerstellen bestimmter Schulformen (wie zurzeit bei Grundschulen und Gymnasien) kompensiert werden.
- **Vernetzung der allgemeinbildenden Schulen** mit Angeboten von außerschulischen, sozialen und kulturellen Institutionen sowie Einrichtungen und Personen, die Bildungsaufgaben in den Gemeinden erfüllen. Dies betrifft z.B. die Feuerwehr, Musikschulen, Volkshochschulen, Kultur-, Musik-, Sport-, Heimatvereine, Bibliotheken, Museen, Naturschutzverbände und soziale Verbände. Unternehmen vor Ort und Kirchen sowie kirchliche Organisationen sind ausdrücklich mit einbezogen. Der Kreis muss hier als Initiator, Vermittler und Koordinator wirken.

- In diesem Zusammenhang können sich Schulen, soweit es pädagogisch und räumlich machbar und gewollt ist, zu **Bildungszentren** entwickeln, in denen sich die Generationen begegnen, miteinander lernen, arbeiten, diskutieren, feiern, kulturelle und soziale Aufgaben übernehmen und neues Zusammenleben entwickeln.
- **Vernetzung** darf nach der Regelschulzeit nicht aufhören, sondern muss in **berufsbildenden Einrichtungen** und in der Berufswelt ebenso weitergeführt werden, um Altersgruppen ab 16 Jahren Teilhabe an beruflicher Bildung und Fortbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens zu ermöglichen.
- In unserer globalisierten und digitalisierten Arbeitswelt verändern sich ständig Arbeitsstrukturen und Berufsbilder. Darauf müssen auch die **Berufsschulen** reagieren und ihren hohen Standard beibehalten, das heißt Räumlichkeiten und Inventar müssen auf dem Stand der Zeit gehalten und dürfen nicht für Sparzwecke missbraucht werden.
- Der Kreis Offenbach ist seiner Verpflichtung zur **Neuerstellung eines Schulentwicklungsplans** zuletzt nur sehr verzögert nachgekommen und hat damit viele Jahre Stillstand in der Schullandschaft zugelassen. Wir fordern daher aufgrund der heutigen Dynamik im Ballungsgebiet Rhein-Main die Überarbeitung und Erstellung eines neuen Schulentwicklungsplans kontinuierlich alle drei Jahre. Die FDP setzt voraus, dass der Kreis hierbei mit den Schulleitungen, den Kollegien und der Elternschaft einen ergebnisoffenen und für alle transparenten Dialog über die Zukunftsperspektiven der einzelnen Schulen führt. Dies geht nur ohne Vorgabe finanzieller Zwänge durch die aktuelle Haushaltslage. Das Ergebnis muss in einer öffentlichen Anhörung Parlamentariern und interessierten Bürgern zugänglich gemacht werden. Die Schulen im Kreis Offenbach benötigen über den Schulentwicklungsplan eine neue tragfähige Zukunftsperspektive, um die Schülerinnen und Schüler für die gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre fit und handlungsfähig zu machen. Die Schulen benötigen, um sich weiterentwickeln zu können, Perspektiven und Planungssicherheit; hierzu bedarf es auch einer personellen Ausstattung des Fachdienstes Schulservice innerhalb der Kreisverwaltung. Die FDP fordert hier zusätzliche Beschäftigte.
- Die FDP im Kreis Offenbach sieht eine Lösung zur **besseren Finanzausstattung von Schulen** in einer Neuordnung, bei der die Geldströme von Bund, Ländern und Gemeinden geprüft und neue Zuordnungen gefunden werden. Die bisherigen Finanzierungsstrukturen an Schulen sind nicht mehr zukunftsfähig. Neue Strukturen können nicht nur von Politikern entwickelt werden. Schulleiter, Lehrer, Eltern, Finanz-, Verwaltungs- und Rechtsexperten müssen mitentscheiden können, ebenso Wissenschaftler, die sich mit Bildung und Schule beschäftigen. Dabei muss auf die eigene Profilbildung der Schulen und ihre freie Entscheidung für die Verwendung finanzieller Mittel in besonderer Weise geachtet werden. Die Fortbildung von Lehrkräften sollte daher dauerhaft um Angebote zur Digitalisierung erweitert werden. Das Land Hessen sollte den Schulen im Kreis Offenbach dabei auch die Teilnahme an Angeboten außerhalb Hessens ermöglichen, beispielsweise an Fernakademien und Fernuniversitäten.
- Die FDP steht für den Erhalt der Vielfalt der Schulformen im Kreis Offenbach, auch der Berufs- und Förderschulen sowie die Sicherstellung der freien Schulwahl. Eine enge Abstimmung des Kreises mit Schulen, Eltern und Schülern sowie Kommunen unter Berücksichtigung von Transparenz und öffentlicher Diskussion ist dabei unerlässlich.

#### **- Fortentwicklung der Schulsozialarbeit an allen Grundschulen**

Die FDP setzt sich für die flächendeckende Einführung bzw. Fortentwicklung von **Schulsozialarbeit** an allen Grundschulen im Kreis Offenbach ein. Hierfür ist analog der weiterführenden Schulen ein Kooperationsmodell mit den Städten und Gemeinden zu vereinbaren.

#### **- Qualität der Schulbewirtschaftung im Sinne der Schülerinnen und Schüler erhalten**

Die Qualität der Schulbewirtschaftung muss aus Sicht der FDP auch in der neuen Organisationsform der Eigenerbringung durch den Kreis Offenbach uneingeschränkt auf hohem Niveau erhalten bleiben.

## **2. Wirtschaft und Finanzen**

Der Kreis Offenbach zählt als Teil des Ballungsraums Rhein Main zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands und des Landes Hessen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist eine aktive Wirtschaftsförderung notwendig. Der Kreis sollte hierbei zusammen mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer eine Beratungsfunktion wahrnehmen und auch zukünftig die kommunale Wirtschaftsförderung der Städte und Gemeinden koordinieren und begleiten.

Die Beteiligung des Kreises Offenbach an der Frankfurt Rhein-Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main, ist beizubehalten, da die Aktivitäten dieser Gesellschaft auch die Firmen im Kreis Offenbach bei Ihrem Marktzugang zu Auslandsmärkten unterstützt sowie die Ansiedlung ausländischer Firmen im Ballungsraum Rhein-Main fördert und Steuereinnahmen sowie Beschäftigung auch in den Städten und Gemeinden des Kreises Offenbach generiert oder sichert. Als einer der stärksten Wirtschaftsstandorte mit hervorragender Verkehrsinfrastruktur ist die aktive Wirtschaftsförderung des Kreises in der Region Rhein-Main auszubauen. Nur stabile, gesunde Steuereinnahmen der Städte und Gemeinde im Kreisgebiet und sparsames Wirtschaften auf Kreisebene sichern die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben des Kreises Offenbach. Die Freien Demokraten im Kreis Offenbach fordern daher, durch eine zukunftsfähige Politik die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen zu schaffen.

Die Verwaltungsabläufe der Kreisverwaltung im Rahmen ihrer Mitwirkung an Planungs- und Genehmigungsverfahren sind nicht zuletzt im Zuge der weiteren Digitalisierung - soweit dies fachlich möglich ist - zu beschleunigen.

## **2.1 Finanzen des Kreises Offenbach nachhaltig gestalten**

Aufgrund seiner katastrophalen Haushalts- und Finanzlage musste der Kreis Offenbach von den Entschuldungshilfen des Landes Hessen, dem Kommunalen Schutzschirm und der Hessenkasse, Gebrauch machen. Im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms wurden Verbindlichkeiten des Kreises Offenbach in Höhe von rund 200 Mio. Euro vom Land Hessen übernommen. Im Rahmen der Hessenkasse wurden noch einmal rund 520 Mio. Euro Kredite über die Wi-Bank vom Land Hessen übernommen, wobei der Kreis sich hier über 30 Jahre jährlich mit einem Eigenanteil von gut 8,7 Mio. Euro an der Tilgung zu beteiligen hat.

Dennoch belaufen sich die Verbindlichkeiten des Kreises Offenbach Ende 2019 immer noch auf fast 400 Mio. Euro mit wieder deutlich steigender Tendenz. Für das Jahr 2021 sind weitere Schulden in Höhe von insgesamt 30 Mio. Euro eingeplant.

Die letzte vorliegende Bilanz zum 31.12.2018 weist immer noch einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag knapp 75 Mio. Euro aus. Das heißt, schon vor 3 Jahren überstiegen die Schulden des Kreises Offenbach das vorhandene Vermögen bei weitem. Jedes private Unternehmen in vergleichbarer Situation hätte schon längst einen Insolvenzantrag stellen müssen. Die seit nunmehr 16 Jahren ununterbrochen regierende Koalition aus CDU und SPD hat mit ihrer unsoliden Haushaltspolitik die Finanzen des Kreises Offenbach trotz der erheblichen Entschuldungsprogramme des Landes nicht nachhaltig in Ordnung gebracht. Seit 2008 hat der Kreis Offenbach seinen Stellenplan um rund 40 % ausgeweitet und damit weit mehr, als dies zur Erfüllung der Aufgaben in einem wachsenden Kreis erforderlich gewesen ist. Die Personalaufwendungen des Kreises haben sich damit zu einem maßgeblichen Faktor für den Haushaltsausgleich entwickelt.

Dass diese Entwicklung vor dem Hintergrund höchster Einnahmen geschieht, zeigt die Unfähigkeit der im Kreis regierenden Koalition aus CDU und SPD, selbst in wirtschaftlichen guten Zeiten solide zu haushalten.

## **2.2 Finanzielle Handlungsspielräume zurückgewinnen**

Aus Sicht der FDP kann es so nicht weitergehen. Der Kreis Offenbach darf nicht auf Dauer weiter über seine Verhältnisse leben. Wirksame Maßnahmen auf der Ausgabenseite zur Verringerung des strukturellen Defizits müssen endlich eingeleitet werden, um die Finanzen des Kreises wieder nachhaltig in Ordnung zu bringen. Die FDP befürwortet eine Politik der Konsolidierung der Finanzen, die zu einem baldigen Abbau der Altdefizite und zu einem nachhaltigen Ausgleich des Ergebnis- und Finanzhaushalts sowie die dem Aufbau der nach dem Haushaltsrecht geforderten ausreichenden Liquiditätsvorsorge führt. Hierfür ist auch eine Begrenzung des Anstiegs der Verschuldung erforderlich, da Kredite, auch wenn sie niedrig verzinslich sind, mit den zu erbringenden Tilgungsleistungen den Finanzhaushalt des Kreises belasten. Dazu müssen alle Ausgaben des Kreises dauerhaft auf den Prüfstand gestellt und vorhandene Standards in allen Bereichen der Verwaltung kritisch hinterfragt werden. Mittelfristig ist die Digitalisierung der Verwaltung zur konsequenten Einsparung von Personal- und Sachaufwendungen zu nutzen.

Die FDP fordert für alle in der Kreisverwaltung freiwerdenden Stellen eine konsequente Stellenbesetzungssperre in den kommenden Jahren. Jede dritte dadurch freiwerdende Stelle soll zukünftig wegfallen. Die gesamte Führungsstruktur des Kreises ist zu überprüfen. Zur Aufgabenbewältigung muss der Kreis nicht immer selbst neue Lösungen entwickeln; bewährte Lösungen aus anderen Kreisen sind zu nutzen.

### **2.3 Solide Finanzen schaffen neue Möglichkeiten**

Eine ausreichende Finanzausstattung bildet den Kern kommunaler Selbstverwaltung. Die Zurückgewinnung finanzieller Handlungsfähigkeit ist für die FDP daher kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Anliegen, um künftig notwendige Gestaltungsspielräume in anderen Politikfeldern zu sichern. Gerade in den Themenbereichen Bildung, Öffentlicher Nahverkehr und Soziale Sicherung gibt es einen erheblichen Finanzierungsbedarf, der nicht immer weiter vom Kreis auf die Kommunen abgewälzt werden kann.

Die Stärkung der Wirtschaft zum Wohle der im Kreis lebenden Menschen ist dabei eine wesentliche Grundlage. Hierzu gehören vor allem Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen im Rahmen der regionalen und überörtlichen Wirtschaftsförderung. Als Teil der Region Rhein-Main versteht sich der Kreis dabei als Dienstleister; gemeinsam mit den Kommunen soll die örtliche und regionale Wirtschaft in deren Entwicklung aktiv begleitet werden.

### **3. Sozialpolitik - Gemeinsam für die Menschen vor Ort.**

Das Menschenbild liberaler Sozialpolitik geht davon aus, dass der Einzelne selbstbestimmt sein Leben gestalten darf und soll. In diesem Sinne wollen wir den Einzelnen befähigen, sein eigenes Leben in den jeweiligen sozialen Bezügen selbstständig zu gestalten. Darüber hinaus gilt es gerade auf kommunaler Ebene, jenen Menschen Unterstützung zukommen zu lassen, die selbst nicht, vorübergehend nicht mehr oder gar nicht mehr die Kraft haben, ihr eigenes Leben zu gestalten. Deshalb soll diese Hilfe gezielt auf den Einzelnen gerichtet sein, ohne ihn zu bevormunden. Wirksame **Förderung** sollte bei den Stärken und Schwächen des einzelnen Menschen ansetzen und stets seine Würde wahren.

#### **3.1 Vorsorge statt Fürsorge**

Nach dem Grundsatz „Vorsorge statt Fürsorge“ setzt liberale Gesellschaftspolitik auf Bildung, frühzeitige Beratung und Unterstützung zur Vermeidung sozialer Notfälle. Die **Vorsorge- und Beratungstätigkeit** in den Kommunen verdient eine stärkere Unterstützung, insbesondere für Familien- und Erziehungsberatungsstellen, Schuldnerberatung und Sucht- und Gewaltprävention. Die vorhandenen Mittel sollten sich an den Sozialstrukturen orientieren und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Die FDP setzt sich für umfassende Schulsozialarbeit in allen Jahrgangsstufen mit effizienter Vernetzung zwischen Schule und Jugendhilfe unter finanzieller Beteiligung durch das Land ein. Als wesentliche lokale Ziele unserer Arbeit sehen wir den Aufbau von Familien- und Gemeindezentren, die Förderung von Selbsthilfegruppen und der Nachbarschaftshilfe sowie die Entwicklung von neuen Formen des Wohnens im Alter, z.B.

Mehrgenerationenwohnen. Die FDP setzt sich für den Erhalt und die konzeptionelle Ergänzung der Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt ein. Perspektivisch ist eine Ergänzung um einen weiteren Standort für ein Frauenhaus im Kreis Offenbach nachdrücklich zu betrachten. Wir wollen, dass Menschen und Familien auch ohne den Staat wieder mehr füreinander eintreten. Deshalb sind Begegnungsräume bzw. -möglichkeiten für das Erleben von Kultur, Bildung und Gemeinschaft ein wichtiges Angebot der Kommunen, für das wir uns auch weiterhin einsetzen wollen. Dieses Ziel zu erreichen ist insbesondere in Zeiten von CORONA eine sehr große Herausforderung.

#### **3.2 Freiraum für private und strukturierte frühkindliche Förderung**

Der Staat soll den Freiraum für diesbezügliche private Initiativen, kirchliche und weltliche Organisationen sowie Stiftungen erweitern. Dabei ist Aufgabe des Kreises, Fehlentwicklungen in den Förderstrukturen rechtzeitig zu erkennen und die finanzielle Unterstützung an der tatsächlichen Bedürftigkeit auszurichten. Es geht darum, flexibel und frühzeitig gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse aufzugreifen und zielgerichtet Unterstützungsangebote zu unterbreiten. Ein Schwerpunkt unserer Bemühungen ist die frühkindliche Förderung. Eltern sollen unter möglichst unterschiedlichen Trägern von Kinderbetreuung wählen können. Auf diese Weise wird das Profil der Angebote geschärft und der Wettbewerb gefördert. Deshalb werden wir uns in Form einer Qualitätsoffensive für die Förderung der Bildungsqualität

in den Betreuungseinrichtungen des Kreises Offenbach einsetzen. Aus Sicht der FDP ist hierbei die Einrichtung eines kreisweiten Elternbeirates der Kindertagesstätten erforderlich.

Der Kreis Offenbach als gesetzlicher Träger der Jugendhilfe muss seiner Verpflichtung zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kita-Plätzen gerecht werden. Hierzu ist mindestens einmal im Jahr ein entsprechendes, kreisweites Monitoring vorzulegen. Der Kreis Offenbach muss verstärkt die Städte und Gemeinden beim Ausbau ausreichender und bedarfsgerechter Platzkapazitäten vor Ort unterstützen. Für die Belange derjenigen Eltern, die keinen oder keinen adäquaten Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen, ist eine zentrale Service- und Problemlösungsstelle einzurichten.

Um dem akuten Erziehermangel zukunftsorientiert zu begegnen fordert die FDP die Einrichtung einer eigenständigen Fachschule für die Erzieherausbildung mit dem Schwerpunkt „PiA“ (Praxisintegrierte Ausbildung) im Kreisgebiet. Neben der kontinuierlichen Verbesserung der Ausbildungskapazitäten vor Ort muss der Kreis Offenbach wissenschaftlich untersuchen lassen, warum circa ein gutes Drittel der Erzieher/-innen nach erfolgreicher Absolvierung ihrer Ausbildung innerhalb von drei Jahren den Beruf dauerhaft wieder aufgeben.

### **3.3 Fördern und Fordern**

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten Errungenschaft der deutschen Nachkriegsgeschichte. Um ihn aus liberaler Sicht zukunftsfähig weiterzuentwickeln, ist es unerlässlich, nicht nur Förderstrukturen zu schaffen, sondern auch das Grundprinzip von Leistung und Gegenleistung, von Fördern und Fordern nicht aus den Augen zu verlieren.

### **3.4 Arbeit als Grundlage des eigenverantwortlichen Lebens**

Ziel muss es sein, den Menschen ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Grundlage hierzu ist ein Arbeitsplatz. Und deshalb muss eine leistungsfähige und effiziente kommunale Verwaltung eine konzentrierte Wirtschaftsförderung betreiben. Durch Vernetzung, Kommunikation und Infrastruktur können Unternehmen bei der Entwicklung unterstützt und damit Arbeitsplätze erhalten bzw. neue geschaffen werden. Die Vermittlung in Arbeit gehört ebenfalls zur zentralen Aufgabe des Kreises. Deshalb müssen die Arbeitsvermittlungsstrukturen professionell und transparent für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

### **3.5 Betreuungsstruktur im Kreis Offenbach**

Die FDP hält es für sinnvoll, die Betreuungsstruktur im Kreis Offenbach neu zu ordnen und die Tagespflege zu rekommunalisieren, d.h. zu überführen in die Verantwortung der Städte und Gemeinden. Die Zuständigkeit für die Betreuung durch Tagesmütter soll vom Kreis an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden abgegeben werden. Im Gegenzug übernimmt der Kreis von den Kommunen die Verantwortung für die Betreuung an den Schulen im Kreis. Dies führt zu weniger Bürokratie und mehr Effizienz, da die Kommunen bereits für die Kinderbetreuung bis 6 Jahre zuständig sind und der Kreis die Verantwortung für die Schulen hat.

### **3.6 Private Dienstleister gleichwertig behandeln**

Die FDP befürwortet die Erbringung von Dienstleistungen im sozialen Bereich durch private Dienstleister. Diese sollen gleichberechtigt neben den anerkannten Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ihre Leistung erbringen können. Das bedeutet konkret, dass sie seitens des Kreises bei der Vergabe von Aufträgen gleichberechtigt behandelt werden müssen.

### **3.7 Demografische Entwicklung – Chance und Herausforderung**

Der Kreis Offenbach als gesetzlicher Träger der Altenhilfe muss mit Blick auf den stetigen demografischen Wandel verstärkt in den Dialog mit den Städten und Gemeinden mit dem Ziel eintreten, die vielfältigen Angebote für Seniorinnen und Senioren vor Ort zu koordinieren und zu vernetzen und um eventuelle Angebotslücken zu beseitigen.

## **4. Verkehr – Moderne Konzepte und Innovationen statt ideologischer Verbotskultur**

Mobilität ist Freiheit. Dazu gehört insbesondere die individuelle Mobilität. Sie ist und bleibt ein Grundbedürfnis und darf nicht zum Luxusgut werden. Daher setzen sich die Freien Demokraten für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsmittel ein. Wir wollen den **Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer**, unabhängig von der frei gewählten Fortbewegungsart Rechnung tragen. Die Förderung eines Verkehrsträgers soll nicht, vor allem nicht aus einseitigen

ideologischen Gründen, zu Lasten eines anderen führen. Die FDP unterscheidet grundsätzlich nicht zwischen „guten“ und „bösen“ Verkehrsmitteln und setzt stattdessen auf gegenseitige Akzeptanz und Rücksichtnahme. Wohlstand und Lebensqualität sind auf eine leistungsfähige, intermodale Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Sie bringt den Menschen nicht nur mehr wertvolle Freizeit, sondern ist auch ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor.

In den letzten Jahrzehnten wurde, insbesondere vor dem Hintergrund einer insgesamt wachsenden Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet, deutlich zu wenig in die verkehrliche Infrastruktur investiert. Dies muss sich ändern. Planungen gibt es reichlich, es gilt diese auch endlich umzusetzen. Wir setzen uns daher für eine konsequente Entschlackung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen ein. Dazu gehört auch die bedarfsgerechte Ausstattung der Planungsbehörden mit entsprechend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Da Verkehrsflächen im urbanen Raum nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen, gilt es deren Nutzung umso intelligenter zu organisieren. Dazu gehören neben einer bedarfsgerechten, digitalen Steuerung von Verkehren, moderner Verkehrstelematik auch evtl. unterirdische Verkehrswege (Tunnel).

#### **4.1 Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)**

Der Kreis Offenbach zählt zu den sehr dicht besiedelten Landkreisen inmitten einer wachsenden Wirtschaftsregion. Mit dem Auto allein können und wollen wir die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen und hier insbesondere der Berufspendler nicht bedienen. Der Ausbau des ÖPNV und dessen Vernetzung mit dem motorisierten Individualverkehr (Park+Ride) sowie mit dem Fuß- und Radverkehr (Bike+Ride) muss daher eine zunehmende Rolle in Form eines intelligenten und bedarfsgerechten Verkehrsmix spielen. Dabei ist uns bewusst, dass **quantitative und qualitative Verbesserungen** nur auf der Basis einer soliden Finanzierung möglich sind.

#### **Libérale Lösungen für den Kreis Offenbach - moderne und innovative Verkehrskonzepte für die Zukunft:**

- Zügige Realisierung der bislang viel zu zaghaft geplanten S-Bahn Regionaltangente Süd (Offenbach – Südbahnhof), mit dem langfristigen Ziel eines S-Bahn Ringes für die Region.
- Zweigleisige Verlängerung der S2 über Dietzenbach hinaus nach Rödermark und Dieburg.
- Sofortige Umsetzung aller, z.T. schon planerisch vorhandenen, baulich möglichen Maßnahmen zur Steigerung der Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der wichtigen S-Bahnlinien 1 und 2.
- Elektrifizierung (alternativ Batterie-, oder Wasserstoffantrieb) und zweigleisiger Ausbau der Dreieichbahn.
- Verlängerung der unterirdischen U-Bahn ab Frankfurt Südbahnhof nach Neu-Isenburg und Dreieich, statt einer Führung der Straßenbahn mitten durch Neu-Isenburg.
- Anschluss von Seligenstadt an das regionale S-Bahn-Netz.
- Zügige Umsetzung der Regionaltangente West (RTW). Die Fortführung der RTW wird angestrebt, die verschiedenen Optionen hierzu sind umfassend zu prüfen.
- Die in Neu-Isenburg geplante, lediglich eingleisige Verlängerung der RTW über die Frankfurter Straße hinaus, bis in das Birkengewann lehnen wir ohne den gleichzeitigen, entlastenden Bau eines PKW-Tunnels ab.
- Beschleunigter Ausbau des „Park+Ride“ und „Bike+Ride“-Systems für Fahrräder und Autos unter Berücksichtigung der Möglichkeit der Ausleihe von Fahrrädern und e-Bikes sowie der Einrichtung von P+R-Mietparkplätzen.
- Einrichtung von direkten Buslinien zwischen den größeren Städten im Kreis und dem Flughafen insoweit noch nicht vorhanden.
- Verbesserung der ÖPNV-Qualität durch umsteigefreundlichere, abgestimmte Taktung von Bus- und Bahnlinien, flächendeckende Errichtung von optisch attraktiven, mit elektronischen Anzeigen ausgestatteten, überdachten Haltestellen (wir lassen sie nicht im Regen stehen) und moderne, saubere und leise Fahrzeuge.
- Beschleunigung von Busverkehren durch intelligente Schaltung von Lichtsignalanlagen. Sogenannte Haltekaps/Buskaps, die bei Anhalten des Busses alle anderen Verkehre ebenfalls abstoppen, sind keine grundsätzliche Lösung.
- Fortführung und Ausweitung flexibler Tarifmodelle (siehe Pilotprojekt „RMV Smart“) im ÖPNV zur Vermeidung von Tarifsprüngen. Eine kostenlose oder nahezu kostenlose Nutzung lehnen wir ab, da diese dem System nur dringend benötigte Gelder entzieht und auch die Möglichkeit zur zeitlichen Steuerung der Nutzung eliminiert. Auch erzielen so genannte „kostenfreie“ Angebote nachweislich nicht den gewünschten Effekt. Fußgänger und Radfahrer steigen um. Autofahrer aber nicht.

## 4.2 Straßenverkehr

Der motorisierte Individualverkehr, mit welcher Antriebsform auch immer, wird auch in Zukunft eine tragende Rolle im Verkehr spielen. Ein Ausspielen der verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander führt nicht zum Ziel, sondern verschlechtert das gesellschaftliche Klima insgesamt. Unser Ziel ist es eine komfortable und sichere Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer anzubieten. Das vorhandene Straßennetz ist in seiner Substanz dringend baulich zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern. Zur Entlastung der Ortskerne und Wohngebiete setzt sich die FDP dafür ein, in Planung befindliche Umgehungsstraßen auch endlich zu realisieren. Die FDP spricht sich klar für den schnellstmöglichen achtspurigen Ausbau der Autobahn A3 zwischen Hanau und dem Flughafen Frankfurt aus. Tausende Berufspendler gewinnen dadurch an wertvoller Freizeit, unsere Innenstädte und Kreisquerverbindungen werden von der Flut der Umleitungsverkehre befreit. Mit dem Ausbau der A3 müssen Lärmschutzmaßnahmen nicht nur für Gravenbruch, sondern auch für Heusenstamm und Obertshausen einhergehen!

Moderne, digitale Verkehrssteuerung, (z.B. car2x) soll flächendeckend Einzug erhalten. Die vorhandenen Ampelschaltungen im Kreisgebiet müssen wo irgend möglich optimiert oder durch Kreisel ersetzt werden, um unnötige Lärm- und Abgasentwicklungen zu vermeiden. Weiterhin sind die Lärmschutzmaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen im Kreisgebiet auf den aktuellen Stand der Technik zu heben.

### **Libérale Lösungen für den Kreis Offenbach:**

- Ost-/Westtunnel Friedhofstraße Neu-Isenburg bis Frankfurter-/Carl-Ulrich-Straße wie vom Büro Albert- Speer & Partner bereits vor Jahren vorgeschlagen, um oberirdisch deutlich mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer und Freizeitnutzung zu schaffen.
- Ortsumgehung Seligenstadt realisieren
- Nordspange Neu-Isenburg angehen
- Schaffung von attraktiven und gesicherten Anknüpfungspunkten (Park & Ride) in wirklich ausreichender Anzahl. Wer den Umstieg ermöglichen will, muss auch die nötige, komfortable Infrastruktur bereitstellen.
- Zügige Umsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 486 zwischen A5 und Langen
- Entlastungsstraße für Hainstadt sowie die Verlängerung der Rodgauringstraße Richtung Norden bis zur L3117.
- Keine pauschale Abschaffung von Stellplatzsätzen, da diese den Parkdruck erhöhen. Stattdessen aktive Steuerung des ruhenden Verkehrs durch z.B. App-basierte Anzeige freier Parkplätze im Stadtgebiet.

## 4.3 Radverkehr

Ein funktionierendes und hochwertiges Radwegenetz ist essentiell für die Akzeptanz des Fahrrads als Verkehrsmittel. Ziel ist, das Fahrrad und Lastenfahrrad, sowie E-Bike oder E-Scooter im Nahbereich und auch zwischen den Städten als attraktives und gleichwertiges Verkehrsmittel zu etablieren. Dazu gehört die Einrichtung alltagstauglicher, überregionaler Wegeführungen idealerweise parallel zu Straßen oder auf komfortablen, sicheren und schnellen neuen Radwegen. Grobe Schottersteine auf Waldwegen und ungeschützte Querungen von Landstraßen müssen der Vergangenheit angehören.

### **Libérale Lösungen für den Kreis Offenbach:**

- Beschleunigte Umsetzung des Mobilitätskonzeptes inklusive Lückenschluss des kreisweiten und überörtlichen Radwegenetzes.
- Bau eines bzw. zusätzlicher Radwege entlang der B459 zwischen Dietzenbach und Gravenbruch, zwischen Heusenstamm und Dietzenbach sowie zwischen Rodgau und Seligenstadt.
- Umsetzung der seit Jahren existierenden Vorschläge zur Erschließung des Flughafen Frankfurt. Dabei dürfen notwendige Radverbindungen nicht an überbordenden Umweltvorschriften scheitern.
- Konsequente Errichtung moderner und wettergeschützter Fahrradabstellanlagen. Dazu ergänzend, wo möglich und sinnvoll, auch die Schaffung wettergeschützter Fahrradabstellmöglichkeiten (z.B. Fahrradboxen) zur Miete.
- Einbindung von digitalen Anwendungen zur vorzeitigen Ampelschaltung von Radfahrern, da diese die Sicherheit erhöhen.

#### **4.4 Fußgänger**

Die wahre Qualität städtischer Planung lässt sich oft an dem Gefühl ablesen mit dem wir uns als Fußgänger durch unsere Stadt bewegen. Macht es Spaß, verweilen wir gerne, oder versuchen wir nur schnell alles Notwendige zu erledigen? Wir möchten, dass sich Fußgänger frei, unbeschwert und insgesamt jederzeit sicher im öffentlichen Raum bewegen können.

#### **Liberale Lösungen für den Kreis Offenbach:**

- Sichere und flexible Überquerungsmöglichkeiten von Straßen und Schienenwegen. Dazu gehören Brücken und Unterführungen für Fußgänger und Fahrradfahrer, genauso wie Tunnel für den Straßenverkehr.
- Deutlich mehr öffentliche Sitz- und Verweilmöglichkeiten.
- Aufenthaltsqualität im Freien über konsequente Attraktivierung (Brunnen, Cafés, Regenschutz) von Plätzen steigern.

#### **4.5 Flughafen Frankfurt**

Der Frankfurter Flughafen trägt ganz wesentlich zur wirtschaftlichen Bedeutung der Rhein-Main-Region bei. Große Teile unserer öffentlichen Infrastruktur sind ohne den Flughafen und die Wirtschaftskraft der dort arbeitenden Menschen gar nicht finanzierbar. Der Flugverkehr führt andererseits aber auch zu erheblichen Lärmbelastungen. Davon sind gerade Städte und Gemeinden im Kreis Offenbach in hohem Maße betroffen. Einem Ausgleich zwischen den lärm betroffenen Gemeinden und ihren Bewohnern einerseits und den Interessen des Flughafenbetreibers und der Fluggesellschaften andererseits kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Maßnahmen des aktiven Schallschutzes müssen stets zu einer spürbaren Entlastung für alle Betroffenen führen und nicht nur zu einer temporären Verlagerung des Fluglärms. In Corona Zeiten besteht die Gefahr, Rückschritte beim Lärmschutz zu machen. Diese besondere Situation darf jedoch weder zu einer Aufhebung des bestehenden Nachtflugverbotes noch zu einem Nachlassen bei den nach Lärm gestaffelten Start- und Landegebühren führen. Darüber hinaus gilt es die Frage wie die Menschen zum Flughafen gelangen, sei es als Unternehmer, Arbeitnehmer oder Reisender, im Sinne der Region zu beantworten.

#### **Liberale Lösungen für den Kreis Offenbach:**

- Beschleunigte innere und äußere Erschließung des Flughafens über konsequenten Anschluss an das Nah- und Fernbahnnetz und Ausbau des Radwegenetzes auf ein „pendelfähiges“ Niveau.
- Beibehaltung des strikten Nachtflugverbots in der Zeit von 23:00 bis 05:00 Uhr.
- Keine bloße Umverteilung des Fluglärms durch Flugroutenverlegungen. Förderung des Einsatzes von modernen, geräuschärmeren Flugzeugmodellen z.B. durch vergünstigte Landegebühren für solche.
- Umsetzung von aktiven Schallschutzmaßnahmen, die zu einer effektiven Entlastung für alle Lärmbetroffenen führen: Lärmreduzierung statt bloßer Lärmverteilung.
- Echte Beteiligung und frühzeitige Anhörung aller Betroffenen bei der Entwicklung von Maßnahmen zum aktiven Schallschutz.

#### **5. Umwelt und Klima – Zukunftsorientierte, innovative Politik statt ideologischer Brechstange**

Der Schutz der Natur und damit unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat in einem so dicht besiedelten Raum, wie ihn unser Kreis Offenbach darstellt, einen extrem hohen Stellenwert. Der Flächenverbrauch in unserer Region stößt dort an seine Grenzen, wo die Natur unverhältnismäßig zurückgedrängt wird. Wirtschaftliche Entwicklung bzw. Wohlstand und intakte Umwelt inklusive funktionierender Naturräume sind keine politisiert-ideologischen Gegenpole. Die FDP ist der Überzeugung, dass ein Miteinander möglich und auch notwendig ist und dass eine gesunde Balance am Ende zu einer nachhaltigen Entwicklung führt, die den Menschen vor Ort am meisten Nutzen bringt.

Landschaftsentwicklung und Landschaftspflege werden bei der FDP als elementar wichtige Aufgaben angesehen, da beide für die Gesundheit und die Naherholung der Bevölkerung, die Entstehung und Erhaltung von Frischluftschneisen und die Erhaltung der Artenvielfalt (Biodiversität) von besonderer Bedeutung sind.

- Die FDP begrüßt sehr, dass nunmehr endlich auch im Kreis Offenbach ein Landschaftspflegeverband eingerichtet werden soll. Damit durch diesen auch tatsächlich eine Landschaftspflege betrieben und die Biodiversität in der

Feldflur gesteigert werden kann, setzen wir uns für eine entsprechende personelle wie finanzielle Ausstattung ein. Der Pflegeverband darf kein bürokratischer Papiertiger werden.

- Basis für eine nachhaltige Landschaftspflege ist eine funktionierende Kooperation mit der heimischen Landwirtschaft. Schon aus diesem Grund ist es unser Ziel, die bestehende Landwirtschaft auch und gerade im dichtbesiedelten Ballungsraum zu erhalten, die Landwirte wo es geht bei ihrer Arbeit zu unterstützen und ihnen diese zu erleichtern, z.B. durch möglichst geringen bürokratischen Arbeitsaufwand bei der Landschaftspflege.
- Um möglichst viele naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe des Eingriffs darstellen zu können, setzt sich die FDP für die Einführung der Produktionsintegrierten Kompensation (PIK) im Kreisgebiet ein, bei der der Ausgleich für Baumaßnahmen auf bewirtschafteten Landwirtschaftlichen Flächen stattfindet. Hierbei können Landwirte finanziell davon profitieren, wenn sie ihre Flächen naturnäher bewirtschaften.
- Die Bäche und Flüsse im Kreisgebiet sind wichtige Naturräume. Die FDP setzt sich dafür ein, dort, wo dies räumlich möglich ist, die begonnenen Renaturierungen der Bachläufe fortzusetzen und unsere Fließgewässer wieder freier fließen zu lassen. Dies ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum kommunalen Hochwasserschutz.
- Die FDP setzt sich für eine regelmäßige Fortführung der Bachschauen und die Förderung der Fischwanderung im Main ein.
- Weiteren Schutzgebietsausweisungen, entsprechend den fachlichen Vorschlägen des Kreisnaturschutzbeirates, steht die FDP offen gegenüber.
- Die FDP setzt sich für einen Biotopverbundes im Kreis Offenbach ein, der Grünzüge, Brachen, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete miteinander vernetzt und somit die Wanderung und Ausbreitung von Arten – auch gefährdeter – unterstützt bzw. erst ermöglicht. Nach japanischem Vorbild können Gewerbeflächen auf freiwilliger Basis darin einbezogen werden.
- Die FDP fordert die verstärkte Förderung der Anlage von Wildäckern mit blüten- und samentragenden Pflanzen als Ausgleich für artenarme intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen.
- Eine Erneuerung der kreisweiten Biotopkartierung ist notwendig. Die letzte kreisweite Biotopkartierung fand in den Jahren 1992 und 1995 statt und ist daher als Grundlage für die Bauleitplanung oder Vernetzungsplanungen nur noch bedingt hilfreich, da Flächen einer ständigen Veränderung unterliegen, Biotope verschwinden oder sich neu bilden können.
- Als Basis für die Arbeit des Landschaftspflegeverbands fordert die FDP die Kartierung von verwilderten bzw. nicht in permanenter Nutzung befindlicher Flächen, die das Potenzial haben, ökologisch aufgewertet zu werden und so für eine Erhöhung der Biodiversität in der Feldflur sorgen können, z.B. durch die Anlage von Blühflächen, Streuobstarealen oder vernässten Flächen.
- Streuobstwiesen gehören – wenn sie gepflegt werden – zu den artenreichsten Kulturlandschaften. Doch immer mehr Streuobstwiesen werden sich selbst überlassen. Um die Größenordnung dieser Sukzession zu erkennen und eventuell Gegenmaßnahmen einleiten zu können, ist es zwingend erforderlich, eine Bestandsaufnahme zu machen. Die FDP fordert daher eine Aktualisierung der letzten kreisweiten Streuobstkartierung von 1991 bzw. der Biotoptypenkartierung des Regionalverbandes von 2002.
- Generell setzt sich die FDP für die Förderung der Imkerei, eine bienenfreundliche Landwirtschaft und die grundsätzlich bienenfreundliche Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen im Kreis Offenbach ein.
- Sturmereignisse und trockene Sommer haben den Wäldern im Kreisgebiet extrem geschadet. Viele Waldareale sind verwüstet bzw. großflächig am Absterben. Die FDP vertraut im Schwerpunkt auf die Kraft der Natur und setzt daher weitestgehend auf die natürliche Erneuerung und Entwicklung der Wälder.

Wie sich gesellschaftliche Lebensverhältnisse ständig verändern, so unterliegt auch die Natur einem entsprechenden Wandel, auf den flexibel reagiert werden muss. Hier leisten die Naturschutzverbände des Kreises seit langem eine sehr wertvolle Arbeit, die die FDP aktiv unterstützt. Sie schließt sich deren Forderungen zur Erleichterung Ihrer Arbeit an:

- durch Förderung der naturschutzpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowohl an Kindertagesstätten und Schulen als auch in Vereinen sowie durch naturschutz-pädagogische Einrichtungen und Projekten. Ein bereits bestehendes Beispiel dafür ist der Egelsbacher Bienenlehrpfad.
- durch unbürokratische finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von bedeutsamen Natur- und Umweltschutzprojekten sowie durch Unterstützung bei der Antragstellung für Fördermittel.
- Um das Bewusstsein gerade von Kindern und Jugendlichen für Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes zu fördern, befürwortet die FDP die regelmäßige Durchführung von Walderlebniswochen an den Schulen des Kreises.
- Die FDP hat jedoch auch den Anspruch, dass unsere Kommunen nicht nur im Wald grün sind. So wollen wir mit Hilfe von Urban Gardening - Konzepten auch private Anreize setzen, um unsere Kommunen grüner zu gestalten. Hierbei sollen die Kommunen selbst als Vorbild vorangehen. So sollen beispielsweise ÖPNV - Haltestellen mit luftfilternden Pflanzen begrünt werden und standortbasiert City-Trees aufgestellt werden. Ebenso soll es Patenschaften für freiliegende Grünflächen in den Kommunen geben, welche von Bürgerinnen und Bürgern bepflanzt, gepflegt und bewässert werden können. Des Weiteren sollen innerstädtische Grünflächen und Wasserflächen erschaffen und erhalten werden. So soll das Stadtklima reguliert und die Luftqualität noch weiter verbessert werden.

Unser liberaler Anspruch ist, mit Technologieoffenheit und Innovation dem Klimawandel zu begegnen und auch auf kommunaler Ebene entgegenzutreten. Populistische Symbolpolitik, wie Klimanotstände, lehnen wir als Freie Demokraten entschieden ab! Anstelle dessen unterstützen wir lokal abgestimmte kommunale Klimaoffensiven, die konkrete Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz bündeln und umsetzen.

- Die Kommunen des 21. Jahrhunderts sollen mit Hilfe von Smart-City-Technologien auch zu „Green Cities“ bzw. Gartenstädten werden. Ein zentraler Aspekt hierbei ist eine moderne Energiepolitik. Mit Hilfe von Smart-Grids soll eine adäquate Versorgung mit Strom gewährleistet werden. Smart-Grids umfassen sämtliche Akteure auf dem Strommarkt und durch die Implementierung eines vernetzten Gesamtsystems kann eine ausgeglichene Balance zwischen Erzeugung und Verbrauch von Strom gewährleistet werden.
- Photovoltaik ist mittlerweile eine konkurrenzfähige Energiequelle. Im Zusammenspiel mit kleinen Speicherlösungen lässt sich durch eine PV-Anlage auf dem Dach der Verbrauch an elektrischer Energie aus fossilen Energieträgern vor allem in den Sommermonaten deutlich reduzieren. Die FDP setzt sich daher dafür ein, alle kreiseigenen Liegenschaften, die noch nicht über eine PV-Anlage verfügen, auf ihr Photovoltaikpotenzial hin zu überprüfen.
- Die FDP spricht sich klar gegen die Errichtung von Windenergieanlagen („Windrädern“) im dicht besiedelten Kreis Offenbach aus. Regenerative Energie sollte vor allem dort gewonnen werden, wo sie von Natur aus ertragreich anfällt und nicht dort, wo nur Planvorgaben und politische Ideologien sie gerne ansiedeln möchten, die wirtschaftliche Vernunft aber dagegenspricht.
- Die Einsparung von Energie ist der einfachste Weg, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Die FDP fordert dazu die ständige Überprüfung der kreiseigenen Liegenschaften bzgl. ihres Einsparpotenzials. Die Erneuerung von Heizanlagen, der Austausch von Fenstern, das Dämmen von Gebäuden, der Austausch von Altgeräten wie z.B. Kühltischen oder von Beleuchtungsanlagen, etc. ist nicht nur positiv für die Klimabilanz, in den meisten Fällen rechnet er sich auch wirtschaftlich und sollte daher forciert werden.
- Bei der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen ist dafür zu sorgen, dass neben der Funktionalität die Vermeidung von Treibhausgasemissionen höchste Priorität hat. Daher sollen bevorzugt Hybrid- und batterieelektrische Fahrzeuge oder Fahrzeuge, die mit LPG, Erdgas oder Wasserstoff betankt werden können, angeschafft werden.
- Für die FDP ist Wasserstoff einer der wesentlichen Energieträger der Zukunft. Er ist emissionsfrei, schnell zu betanken und ermöglicht Mobilität mit akzeptablen sowie verlässlichen Reichweiten. Die FDP unterstützt Modellprojekte im Zusammenhang mit diesem Energieträger im Kreisgebiet und setzt sich dafür ein, dass im

Kreis Offenbach in Kooperation mit den Kommunen eine entsprechende Wasserstoff-Tank-Infrastruktur entsteht.

## **6. Kultur und Ehrenamt**

Eigenengagement und Eigenverantwortung sind in unserer Bürgergesellschaft tragende Stützen. Sie führen auf vielfältige Weise zu einer Identifikation mit unserem Gemeinwesen und verhindern eine Entfremdung. Neubürger finden hier schnell Anschluss und vielfältige Betätigungsmöglichkeiten, die ihnen den Anfang deutlich erleichtern.

Sichtbarer Ausdruck dessen ist das kulturelle Leben in unseren Städten und Gemeinden die rege Vereinstätigkeit.

Deutschland hat hier eine lange Tradition, die es zu erhalten und fortzuentwickeln gilt.

Das verantwortliche ehrenamtliche Engagement und die Übernahme von Aufgaben von Bürgerinnen und Bürgern kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die FDP unterstützt kulturelle und vereinsmäßige Tätigkeiten und hat dabei vor allem die Selbstständigen im Kulturbetrieb im Blick. Hier in Jahrzehnten aufgebaute Strukturen dürfen nicht durch die anhaltende Corona-Epidemie der Vernichtung anheimfallen.

### **Die FDP fordert daher grundsätzlich:**

- Auch in Zeiten knapper Kassen muss an der Vereinsförderung festgehalten werden.
- Kunst- und Kulturschaffende benötigen in Corona-Zeiten besondere Unterstützung.
- Freiräume für kulturelle Begegnungen schaffen und erhalten.
- Für ehrenamtlich Tätige im Katastrophenschutz, außerhalb von Feuerwehren, ist das Helferrecht grundsätzlich an das der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerk (THW) anzupassen, beispielsweise beim Kündigungsschutz während längerer Katastrophenschutz-Einsätze.

## **7. Digitalisierung, E-Government und Förderung der „Start-up“-Kultur**

Wenn wir von den Möglichkeiten träumen, die die Digitalisierung bereithält, müssen wir zunächst im wahrsten Sinne des Wortes auf den Boden der Tatsachen blicken, in dem diese Zukunft erst verlegt werden muss: Digitalisierung funktioniert nicht ohne Netze. In der modernen Gesellschaft ist die Versorgung mit schnellem Internet Teil der Grundversorgung. Wir als Freie Demokraten wollen, dass der Kreis Offenbach eine Vorreiterrolle in Sachen Digitalisierung übernimmt. Zur digitalen Versorgung gehören WLAN-Hotspots und Freifunk-Angebote, die die Städte und Gemeinden im Kreis Offenbach unterstützen sollen. Auch das Mobilfunknetz muss weiter konsequent ausgebaut werden. Wir wollen daher Genehmigungsverfahren beschleunigen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch ohne Funklöcher auf der A3 unterwegs oder spazierend im Wald sein können. Diese Faktoren helfen im Übrigen dabei, die Infrastruktur von morgen zu schaffen.

Unser Leitbild der Verwaltung ist ein unkomplizierter Staat; die Kreisverwaltung als Dienstleister für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Kontakte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, Freiberuflern und Gewerbetreibenden zur Verwaltung sollten unkompliziert, Prüf- und Genehmigungsverfahren schnell und unbürokratisch gestaltet sein. Dabei wollen wir neben der Perspektive der Bürger und Bürgerinnen des Kreises Offenbach auch die Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten: Je höher die Ansprüche an eine agile, serviceorientierte und schnell agierende und reagierende Verwaltung werden, desto besser muss auch die Arbeitsplatzgestaltung und desto höher muss die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein. Für eine moderne Kreisverwaltung bietet die Digitalisierung große Chancen, die wir beherzt ergreifen und ambitioniert vorantreiben wollen. Die Devise muss heißen: Keine Insellösungen. Bei der Digitalisierung wollen wir einheitliche Konzepte verfolgen. Interkommunale Kooperation ist daher gerade im IT-Bereich sinnvoll und erstrebenswert. Wir streben als Freie Demokraten daher eine interkommunale App an, damit es einfach ermöglicht wird, KFZ-Zulassung oder andere Serviceleistungen der Kreisverwaltung in einem Zuge zu beantragen. Dieses Digitale Bürgerbüro ist auch eine massive Unterstützung der Bürger und Bürgerinnen, sowie der Beschäftigten der Verwaltung. Dazu muss die Verwaltung auf das papierlose Büro umgestellt werden, erste Projekte einer digitalen Verwaltung haben in Hessen gezeigt, dass dies umzusetzen ist. Das gesparte Papier senkt die Kosten und trägt einen Teil zum Kampf gegen Klimawandel bei.

Digitalisierung fängt aber schon in der Schule an. Die Freien Demokraten wollen einen kreisweiten Standard vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung schaffen. Kinder sollen von Beginn an den richtigen Umgang, Stichwort: Medienkompetenz, mit digitalen Medien lernen. Statt ihnen nur ein Tablet in die Hand zu drücken, sollen sie sich in den Kindertagesstätten unter pädagogischer Anleitung einen digitalen „Führerschein“ spielend erarbeiten. Dieser wird in den weiterführenden Schulen mit AGs und anderen Projekten fortgesetzt. Damit sollen Kinder und Jugendliche die Funktionen und Hintergründe von Apps und anderen Programmen lernen und gleichermaßen für mögliche Risiken und Gefahren sensibilisiert werden.

Im beruflichen Umfeld fordern wir Freien Demokraten die Erweiterung der Berufsakademie Rhein-Main zum Leuchtturmprojekt der digitalen Ausbildung in Hessen. Darüber hinaus streben wir Freien Demokraten ein innovatives Gründerzentrum im Kreis Offenbach an, dieses soll Start-Ups eine Heimat bieten, ihr Unternehmen hier zu gründen und anzusiedeln. Dazu soll in Absprache mit den Städten und Gemeinden ein geeigneter Ort bestimmt werden. Doch neben Bereitstellung der Fläche, sollen in diesem Gründerzentrum Ansprechpartner der Kommunen eingesetzt werden und die Gründer aktiv von unnötigem bürokratischem Aufwand entlasten - damit sich die Gründer voll auf das Gründen konzentrieren können. Ziel ist die langfristige Ansiedelung neuer Unternehmen im Kreis Offenbach. Anwendungsfälle können dabei z.B. die in Finnland erprobten und vom Land Hessen unterstützten „Elements of KI“ zu künstlicher Intelligenz sein. Ein Teil der Unterstützung von Start-Ups ist das kostenfreie Bereitstellen von Open-Data, daraus können Unternehmen arbeiten und somit neue Produkte „Made in Offenbach-Land“ entwickeln. Gerade in der digitalen Welt bieten sich gute Möglichkeiten, echte Barrierefreiheit zu gewährleisten. Das beginnt bei den digitalen Angeboten des Kreises Offenbach, die für Menschen mit Beeinträchtigung erreichbar und nutzbar sein müssen. Die Forschung von Einrichtungen wie der Deutschen Blindenstudienanstalt in Marburg ist nach Möglichkeit im Kreisgebiet zu fördern. Neben Anwendungen für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung muss auch konsequent eine leicht verständliche Sprache in alle Angebote eingebunden werden. Digitale Zugänge erleichtern es zudem auch Eltern mit kleinen Kindern oder mobilitätseingeschränkten Menschen die Angebote des Kreises Offenbaches wahrzunehmen.

Die unkomplizierte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung am politischen Prozess muss sichergestellt werden. Auch über die aktuelle Corona-Situation hinaus fordert die FDP daher grundsätzlich eine ständige Liveübertragung der Kreistagssitzungen. Für die Freien Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass alle öffentliche Sitzungen der Kreisgremien von den Bürgern jederzeit unkompliziert digital von jedem Ort aus live verfolgt oder „on demand“ angesehen werden können.

## **8. Gesundheit**

Was wirklich zählt: Vernetzte Gesundheitsleistungen von allen Leistungserbringern im System für Patienten, Versicherte und die Bevölkerung. Die Freien Demokraten in Hessen haben schon 2018 die Gesundheitsversorgung neu definiert. Im Mittelpunkt stehen Versicherten und die Patienten mit ihrem individuellen Versorgungsbedarf. Die Freien Demokraten fordern eine flächendeckende Haus- und Facharztversorgung im gesamten Kreisgebiet. Hierzu ist die Etablierung eines ständigen Gesprächs- und Koordinierungsforums auf Kreisebene zur Abstimmung der kommunalen Bedarfe erforderlich.

Die teilweise Erbringung der Rettungsdienstleistungen im Kreis Offenbach durch freie Träger (beispielsweise Deutsches Rotes Kreuz und Johanniter-Unfall-Hilfe) in Zusammenarbeit mit dem kreiseigenen Eigenbetrieb Rettungsdienst hat sich seit Jahren bewährt und muss aus Sicht der FDP im Kreis Offenbach weiter fortgeschrieben werden.

Die aktuelle Corona-Krise hat schmerzlich gezeigt, dass die kommunalen Gesundheitsämter nicht ausreichend mit Personal und Sachmitteln ausgestattet sind. Hier muss, auch im Hinblick auf die weitere dynamische Entwicklung der Pandemie, Abhilfe geschaffen werden. Auch wenn die Infektionszahlen plötzlich steigen, müssen die Gesundheitsämter in die Lage versetzt werden, das Infektionsgeschehen so zeitnah wie möglich nachzuverfolgen. Nur so kann in den Kommunen das öffentliche Leben so weit wie möglich wiederhergestellt werden. Hier sieht die FDP auch das Land Hessen in der Pflicht, die Kommunen dauerhaft finanziell in die Lage zu versetzen, entsprechende Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Kurzfristig erachten wir die stärkere Vernetzung benachbarter Kommunen für sinnvoll, damit sie sich abstimmen und im Bedarfsfall genügend Kapazitäten in Krankenhäusern zur Verfügung stellen können. Reihentests müssen leicht und schnell zugänglich sein – insbesondere in allen Senioren- und anderen

Gesundheitseinrichtungen aus. Überall dort, wo Menschen auf engem Raum zusammenleben oder arbeiten und besonders gefährdet sind, sollte es möglich sein, auch ohne Symptome regelmäßig getestet zu werden, um sich und das eigene Umfeld wirksam zu schützen.

Mittelfristig sehen wir eine große Chance im Bereich E-Health. Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass eine Krankschreibung auch unkompliziert über das Telefon erfolgen kann. Um dennoch eine hohe medizinische Betreuung und Versorgung zu gewährleisten, muss der Bundes- und Landesgesetzgeber die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch vor Ort online Sprechstunden ermöglicht werden. Gleichmaßen unterstützen wir ausdrücklich den schnellstmöglichen Ausbau der Telemedizin im Rettungstransportwagen. Das bedeutet, dass beispielsweise Notfallsanitäter/-innen im Einsatz durch live-Zuschaltung eines Arztes im Rettungswagen medizinisch dringend erforderliche und lebensrettende Maßnahmen gegebenenfalls selbst direkt vornehmen können, ohne dass der Arzt physisch vor Ort ist oder aus rechtlichen Gründen sein muss.

## **9. Migration, Einwanderung und Integration**

Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität und die Unantastbarkeit der Menschenwürde bilden unser zentrales liberales Wertefundament. Die Freien Demokraten bewerten Menschen nie nach ihrer Herkunft, sondern immer als Individuum. Wir sehen uns zugleich humanitär verpflichtet, Menschen, die vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung fliehen müssen, bei uns eine sichere Zuflucht während der Dauer der Gefährdungen im Heimatland zu gewähren.

### **9.1 Transparente Regelungen durch ein modernes Einwanderungsgesetz**

Die Freien Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge muss ein eigener Status geschaffen werden, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst nach klaren Kriterien aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dies gilt insbesondere in einer international ausgerichteten Wachstumsregion wie dem Rhein-Main-Gebiet und dem Kreis Offenbach. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, sodass Arbeitskräfte einwandern können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem nach dem kanadischen Modell schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert und die Sprache gelernt haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen - hiervon profitieren insbesondere die unter dem Fachkräftemangel leidenden Unternehmen im Kreis Offenbach. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen, wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht und klare Forderungen an die Zugewanderten enthält.

### **9.2 Faire und koordinierte Verteilung von Geflüchteten in Europa**

Die Freien Demokraten setzen sich für einen fairen und transparenten Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa ein. Um die andauernde Flüchtlingskrise zu meistern, braucht es neben der aktiven Bekämpfung der Fluchtursachen die aktive Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten europaweit verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke, Wirtschaftskraft und die bisherigen Aufnahmeanstrengungen eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten inner- und außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

### **9.3 Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zugleich aktive Forderung an die Zugewanderten**

Grundlegende Voraussetzung für eine gelingende Integration ist die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache. Die FDP fordert deshalb, dass der Kreis Offenbach jedem Flüchtling frühestmöglich ein Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache unterbreitet. Im Gegenzug wird erwartet, dass das Angebot auch angenommen wird. Gleiches gilt für Integrationskurse, die einen klaren Einblick in die Rechts-, Gesellschafts- und Sozialordnung in Deutschland und Europa vermitteln. Flüchtlingen und Asylsuchenden – soweit eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland besteht – sollen unmittelbar nach Asylantragstellung eine legale Möglichkeit der Arbeitsaufnahme eröffnet werden. Nur so ist der Weg heraus aus dem Transfersystem hin zur dauerhaften Integration zu gewährleisten. Hier sehen wir auch die Pro Arbeit (Arbeitsagentur) des Kreises in der Pflicht. Dies gilt bei der Vermittlung in Ausbildung und Arbeit genauso wie bei der Suche nach geeignetem Wohnraum. Für Kinder und Jugendliche ist der Zugang zu Kindertagesstätte und Schule zu ermöglichen. Die vorhandenen Familienberatungsstellen müssen sich verstärkt zugewanderten Familien zuwenden.

---

Kreis Offenbach im Februar 2021